

Kommunalpolitische Schwerpunkte der 12. Sitzungsperiode des Landtages (21./22./23.06.2022)

Vom 21. – 23. Juni 2022 ist der Landtag zu seiner 12. Sitzungsperiode zusammengekommen. Über Tagesordnungspunkte mit kommunalpolitischem Bezug möchten wir Euch hiermit informieren.

Die gesamte Sitzung ist, wie gewohnt, unter folgendem Link einsehbar:

<https://www.landtag.sachsen-anhalt.de/12-sitzungsperiode#/?accordion=0&accordionPlenar=0&accordionVideo=0>

Die Redebeiträge zu den Tagesordnungspunkten werden unter den einzelnen TOPs verlinkt. Von dort aus ist die Navigation zu den Redebeiträgen der Abgeordneten der LINKEN möglich.

Da es aus technischen Gründen immer wieder vorkommen kann, dass Videolinks nicht funktionieren, möchte ich in einem solchen Fall auch auf den o.g. allgemeinen Videolink und die dortige Navigationsmöglichkeit verweisen.

TOP 14 Antrag „Soziale und wirtschaftliche Folgen des Ölembargos in Ostdeutschland abfedern“

<https://www.landtag.sachsen-anhalt.de/fileadmin/files/drs/wp8/drs/d1288dan.pdf>

<https://www.landtag.sachsen-anhalt.de/fileadmin/files/drs/wp8/drs/d1313gae.pdf>

<https://www.landtag.sachsen-anhalt.de/fileadmin/files/drs/wp8/drs/d1330dae.pdf>

Vor dem Hintergrund des Ölembargos gegen Russland, das Verbraucher*innen und Wirtschaft in Sachsen-Anhalt und allen ostdeutschen Bundesländern kriegs- und krisenbedingt vor enorme Herausforderungen stelle, soll sich die Landesregierung unter anderem auf Bundesebene für die Einführung eines kostengünstigen Grundkontingents für Strom und Heizen einsetzen, um einen sozialen Ausgleich der stärkeren Belastung der Verbraucher*innen herbeizuführen.

Die Rede unserer energiepolitischen Sprecherin, Kerstin Eisenreich:

<https://www.landtag.sachsen-anhalt.de/12-sitzungsperiode#section-inner-tops19-3346>

Der Antrag, die Änderungsanträge sowie ein Alternativantrag wurden in den Ausschuss für Wirtschaft und Tourismus überwiesen.

TOP 15 Aktuelle Debatte „Aktuelle Debatte #IchBinArmutsbetroffen – Politische Entscheidungen sind geboten“ und Antrag „Krisengewinne abschöpfen - Übergewinnsteuer einführen“

<https://www.landtag.sachsen-anhalt.de/fileadmin/files/drs/wp8/drs/d1306dad.pdf>

<https://www.landtag.sachsen-anhalt.de/fileadmin/files/drs/wp8/drs/d1285dan.pdf>

Auf Twitter trendete in den letzten Wochen der Hashtag „#IchBinArmutsbetroffen“. Nicht nur aus diesem Grund hat unsere Fraktion eine Aktuelle Debatte beantragt, in der sich der Landtag zur Problematik zunehmender Armut in der Bevölkerung austauschen soll. Außerdem beantragen wir, dass der Landtag von Sachsen-Anhalt sich für eine befristete Einführung einer Übergewinnsteuer aussprechen soll. Damit sollen krisenbedingte Mehrgewinne von Unternehmen (insbesondere im Energiesektor) einer Steuer oder Abgabe unterzogen werden, mit der die gesellschaftlichen Mehrkosten staatlicher Maßnahmen unterstützt werden sollen.

Der Debattenbeitrag und die Einbringungsrede unserer Fraktionsvorsitzenden Eva von Angern:

<https://www.landtag.sachsen-anhalt.de/12-sitzungsperiode#section-inner-tops21-3347>

Der Antrag wurde in den Ausschuss für Finanzen (federführend) sowie in den Ausschuss für Wirtschaft und Tourismus (mitberatend) überwiesen.

TOP 18 Beschlussempfehlung „Bekanntnis zum Wiederaufbau der Klinik für Frauenheilkunde und Geburtshilfe in Bitterfeld-Wolfen“

<https://www.landtag.sachsen-anhalt.de/fileadmin/files/drs/wp8/drs/d1252vbe.pdf>

Zum Antrag, der Wiedereinrichtung der Klinik für Frauenheilkunde und Geburtshilfe in Bitterfeld-Wolfen keine Steine mehr in den Weg zu räumen, hat der Ausschuss für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung eine einstimmig verabschiedete Beschlussempfehlung erarbeitet, die dem Landtag vorgelegt wird.

Der Debattenbeitrag unserer zuständigen Abgeordneten für den Kreis Anhalt-Bitterfeld, Christina Buchheim:

<https://www.landtag.sachsen-anhalt.de/12-sitzungsperiode#section-inner-tops110-3350>

Der Beschlussempfehlung Drs. 8/1252 wurde einstimmig gefolgt.

TOP 25 Antrag „Perspektiven für geflüchtete Menschen - "Chancen-Aufenthaltsrecht" auch in Sachsen-Anhalt regeln“

<https://www.landtag.sachsen-anhalt.de/fileadmin/files/drs/wp8/drs/d1268dan.pdf>

Im Koalitionsvertrag wollen die Bundeskoalitionäre mehr Sicherheit für eine große Gruppe geflüchteter Menschen schaffen und ihnen eine dauerhafte Perspektive geben. Unsere Fraktion fordert die Landesregierung auf, dafür Sorge zu tragen, dass diejenigen, die von den Verbesserungen der Rechtslage auf Bundesebene profitieren würden, dies auch tatsächlich können und nicht vor Realisierung der bundesgesetzlichen Regelungen abgeschoben werden.

Die Einbringung des Antrages erfolgt durch unsere Sprecherin für Asyl und Migration, Henriette Quade:

<https://www.landtag.sachsen-anhalt.de/12-sitzungsperiode#section-inner-tops28-3357>

Der Antrag wurde in den Ausschuss für Inneres und Sport (federführend) sowie in den Ausschuss für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung (mitberatend) überwiesen.